

Flüchtlinge leisten über 250.000 Stunden an gemeinnütziger Arbeit!

Asylwerber in Österreich leisten 250.000 Stunden gemeinnützige Arbeit. 70% verpflichten sich, 210 Personen verweigern die Teilnahme.



Krone, Österreich - Die neuesten Zahlen des Innenministeriums zeigen, dass Asylwerber seit dem letzten Sommer eine beachtliche Menge an gemeinnütziger Arbeit geleistet haben – insgesamt nahezu 250.000 Stunden! Rund 3.115 Personen, die in der Grundversorgung des Bundes untergebracht sind, haben sich verpflichtet, monatlich zehn Stunden in verschiedenen Tätigkeitsfeldern zu arbeiten, wie es seit Sommer 2024 für Flüchtlinge in Österreich vorgesehen ist. Diese Verpflichtung bezieht sich auf alle Asylwerber über 16 Jahre ohne gesundheitliche Einschränkungen. Schockierend ist jedoch, dass 210 Personen der Aufforderung nicht nachgekommen sind, was zu einer erheblichen Kürzung ihres Taschengeldes führte, welches mit 40 Euro pro Monat bemessen

ist, wie [krone.at](http://www.krone.at) berichtet.

Ein großer Teil der engagierten Asylwerber, nämlich etwa 70 Prozent, hat aktiv zur Gesellschaft beigetragen und Aufgaben übernommen, die von der Pflege von Grünflächen bis hin zu Tätigkeiten in Sportanlagen reichen. Diese Arbeit kommt nicht nur den Gemeinden zugute, sondern ist auch ein Teil des Asylverfahrens, das die Integration der Flüchtlinge fördern soll. Trotz der positiven Bilanz gibt es kritische Stimmen, die hervorheben, dass die Regelung nicht für alle gleichermaßen gilt, da gesundheitliche oder altersbedingte Ausnahmen bestehen, wie [kleinezeitung.at](http://www.kleinezeitung.at) anmerkt. Die Tatsache, dass ein kleiner Teil der Asylwerber sich der Arbeit verweigert, wirft jedoch Fragen zu der Effektivität und den Anreizen solcher Regelungen auf.

Die freiwillige Entscheidung und ihre Konsequenzen

Die an die Arbeitsverpflichtung geknüpften finanziellen Konsequenzen zielen darauf ab, eine gewisse Motivation zur Teilnahme zu bieten. Das Innenministerium erläutert, dass es legitim ist, nicht an gemeinnütziger Arbeit teilzunehmen, jedoch sollten die Verantwortlichen auch die Folgen ihrer Weigerung bedenken. Diese Maßnahmen könnten die sozialpolitische Situation insbesondere für die abgelehnten Asylwerber verschärfen, die unter den finanziellen Einschränkungen leiden. Die Diskussion um die Arbeitsverpflichtung wird sicher auch in Zukunft weitergeführt werden müssen, um die Balance zwischen Integration und den Rechten der Asylsuchenden zu wahren.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Krone, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.krone.at• www.kleinezeitung.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at